

Keine Symbolpolitik auf Kosten psychisch kranker Menschen

Die 40. Kammerversammlung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) kritisiert die Abwertung psychotherapeutischer Leistungen aufs Schärfste. Wir fordern das Bundesministerium für Gesundheit auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden und den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 11.03.2026 zu beanstanden.

Psychisch kranke Menschen brauchen Psychotherapie. Nun werden plötzlich in einem bisher nie dagewesenen Vorgang im deutschen Gesundheitssystem notwendige Leistungen nur für diese Patientengruppe systematisch abgewertet. Dies folgt keinem versorgungspolitischen Konzept, sondern kurzfristigen Sparinteressen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Damit lassen sie unsere Patienten im Stich.

Seit Jahren steht die ambulante psychotherapeutische Versorgung unter Druck. Der Bedarf übersteigt die verfügbaren Therapieplätze bei Weitem.

Eine flächendeckende wohnortnahe psychotherapeutische Versorgung ist aber nur durch freiberuflich tätige, niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sicherzustellen. Wir arbeiten verlässlich. Dafür brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Willkürliche Honorarkürzungen untergraben das Vertrauen aller ambulant Tätigen nachhaltig. Auch für die künftigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist das ein fatales Signal. Durch diese Abwertung wird zusätzlich die ungelöste Problematik der Weiterbildung verschärft.

Wer heute an Psychotherapie spart, zahlt morgen einen hohen Preis in Form von Krankheit, Arbeitsausfällen und gesellschaftlichen Folgekosten.